



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
26. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 07.06.2022	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:22 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Nil Gersdorf - CDU		Vertretung für: Herrn Dr. Carsten Grohmann; bis TOP 4.3
Stefan Krause - CDU		Vertretung für: Herrn Oliver Prieur Fraktionsvorsitzender
Volker Nehrhoff - CDU		Vertretung für: Frau Aneta Wolter
Sandra Odendahl - SPD		
Dr. Werner Vieler - AfD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Volker Krause - BfL		
Andreas Müller - DIE LINKE		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Frau Angelika Büche
Lea Juliana Seidl - FDP		Vertretung für: Herrn Dr. Axel Walther
Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL		
Mara-Lena Zeplin - Fraktion Vielfalt		
Beiratsmitglieder		
Kay Nitz - - Beirat für Menschen mit Behinderungen		bis TOP 6.1
Christian Rettberg - Behindertenbeirat		
Verwaltung		
Daniel Blank - FBC FB 2		
Katja Elstner - Soziale Sicherung		
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung		
Nicole Maas - 4.401 - Schule und Sport / Schulsozialarbeit		

Vanessa Mollick-Kasten - Bereich Soziale Sicherung	
Sandra Rickert - Stabsstelle Integration	
Judith Riese - Gesundheitsamt	
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabstelle Integration	
Lisa Rupp - Stabstelle Ehrenamtskoordination	
Elke Sasse - 1.160 - Frauenbüro	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	bis TOP 6.2
Vivien Wolgast - Jobcenter Lübeck	bis TOP 3.4
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 - Gesundheitsamt	bis TOP 6.1
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Katja Nowroth - ePunkt e.V.	bis TOP 3.3
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Aydin Candan - SPD	- entschuldigt -
Dr. Carsten Grohmann - CDU	- entschuldigt -
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Aneta Wolter - CDU	- entschuldigt -
Anka Grädner - Fraktion 21 Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	- entschuldigt -
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Angelika Büche - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Dr. Axel Walther - FDP	- entschuldigt -
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer - Seniorenbeirat	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.03.2022	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage AM Gregor Voht (FREIE WÄHLER): Verbrauchersolvenzen in Lübeck	VO/2022/11136
3.2	Ukraine	
3.2.1	Mündlicher Bericht des Bereiches 2.500 zum Thema Geflüchtete aus der Ukraine	
3.2.2	Mündlicher Bericht der Stabsstelle Koordinierung Ehrenamt und ePunkt Lübeck e.V.	
3.3	Vorstellung schlüssiges Konzept/Mietobergrenzen durch den Bereich 2.500	
3.4	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) AT zu VO/2022/11160 Beirat für Menschen mit Behinderungen	VO/2022/11160-01
3.5	AM Marco Sander (Fraktion21): Anfrage zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / Senior:inneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (TEIL 1)	VO/2022/11161
4	Berichte	
4.1	Bericht i. S. Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Vermittlungsbörse für Wohnraum	VO/2018/05640-01
4.2	Lübeck sorgt vor: Hitzeaktionsplan (Stufe 1) und Hitzeportal für Lübeck	VO/2022/11040
4.3	Bericht zum Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines Aktionsplans zur Bekämpfung des Antisemitismus (VO/2020/08734)	VO/2020/08734-01
4.4	Zwischenbericht: Sachstand zur Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen	VO/2022/11142
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Aussetzen des Beschlusses der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck vom 22.03.2018 (VO/2018/05751) zur "Wohn-	VO/2022/11043

	perspektive für Geflüchtete"	
5.2	Verstetigung der im Jahr 2018 neu geschaffenen, befristeten zwei Streetwork-Stellen in der offenen Drogenszene	VO/2018/06130-01
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	FDP: Prüfantrag kostenfreie Perioden-Hygieneartikel	VO/2022/10995
6.2	Vielfalt: Bestand von 10.000 Sozialwohnungen bis 2025	VO/2022/11008
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag AM Andreas Müller (DIE LINKE): kostenlose Hygieneartikel für Frauen* in öffentlichen Einrichtungen	VO/2022/11000
7.2	AM Gregor Voht (FREIE WÄHLER): Personalstelle Kommunalen Präventionsrat	VO/2022/11137
7.3	Dringlichkeitsantrag AM Andreas Müller (DIE LINKE) und AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Unterbringung und Transport ukrainischer Geflüchteter	VO/2022/11189
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Nowroth vom ePunkt Lübeck e.V: und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende entschuldigt Frau Senatorin Steinrücke, die krankheitsbedingt an der Sitzung des Ausschusses nicht teilnehmen kann.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Herr Stefan Krause erklärt sich für TOP 13.1 als befangen.

Der Vorsitzende verpflichtet die stellvertretenden bürgerlichen und bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Gersdorf, Frau Seidl, Frau Zeplin, Herrn Volker Krause, Herrn Stefan Krause, Herrn Müller, Herrn Müller-Lornsen, Herrn Nehrhoff sowie Herrn Voht mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein

Der Vorsitzende verweist auf die Nachtragstagesordnung und schlägt vor, die TOP 6.1 sowie TOP 7.1 zusammen zu beraten.

Ferner lässt der Vorsitzende über den Dringlichkeitsantrag unter mit der VO 2022/11189 unter TOP 6.3 von der Nachtragstagesordnung abstimmen

Der Ausschuss stimmt mit 8 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen über die Dringlichkeit ab und damit ist die Dringlichkeit abgelehnt (die 2/3 Mehrheit der gesetzlichen Vertreter:innen des Ausschusses sind nicht erreicht worden).

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Der Vorsitzende erklärt, dass für den TOP 13.1 – VO 2022/10918 folgende Mitarbeitenden der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil anwesend sein müssen:

Herr Blank vom Fachbereichscontrolling, Frau Timmermann für die Protokollführung und Frau Schwartz und Herr Kewitz vom Bereich Soziale Sicherung

Hierüber lässt der Vorsitzende abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme der benannten Personen am nichtöffentlichen Teil

Der Vorsitzende lässt abschließend über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die geänderte Tagesordnung.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.03.2022

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

**zu 3.1 Anfrage AM Gregor Voht (FREIE WÄHLER): Verbraucherinsolvenzen in Lübeck
Vorlage: VO/2022/11136**

Herr Kewitz erläutert, dass sich diese enorme Erhöhung für Beratungen und Eröffnungen der Verbraucherinsolvenzverfahren dadurch erklären lässt, dass es eine Insolvenzrechtsreform gegeben hat, die eine Verkürzung der Insolvenzverfahren von 6 auf 3 Jahre implizierte.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Am 1. März 2022 hat das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein neue Zahlen zu Verbraucherinsolvenzen in Schleswig-Holstein für das Jahr 2021 veröffentlicht. Während sich landesweit die Anzahl der beantragten Verfahren fast verdoppelt hat, stieg die Anzahl in der Hansestadt Lübeck von 2020 auf 2021 sogar um 209%.

Im Produkt 315001 "Soziale Einrichtungen und Angebote" des städtischen Haushalts wird in den Strukturdaten aktuell angenommen, dass sich die Beratungskontakte in der städtischen Schuldnerberatung von einem Ist-Wert 2020 von 1.423 auf 1.500 im Jahr 2021 entwickeln und bis zum Jahr 2025 stabil bei 1.500 bleiben. Es ergeben sich folgende Fragen:

1. Wie entwickelte sich die Anzahl der Beratungskontakte im Jahr 2021 tatsächlich und welche Tendenz ist im noch laufenden Jahr 2022 zu erkennen?
2. Reichen die Kapazitäten der städtischen Schuldnerberatung weiterhin aus?
3. Ist eine Korrektur der erwarteten Beratungskontakte für die Folgejahre notwendig?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 Ukraine

zu 3.2.1 Mündlicher Bericht des Bereiches 2.500 zum Thema Geflüchtete aus der Ukraine

Frau Schwartz, Frau Rummert sowie Frau Wolgast berichten über die Zuströme dieses Personenkreises, über die aktuelle Situation in Lübeck, das Informationsmanagement für die Geflüchteten sowie über den bevorstehenden Rechtskreiswechsel zum Jobcenter Lübeck.

Hierzu melden sich Herr Müller-Lornsen, Frau Zeplin sowie Herr Müller zu Wort.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2.2 Mündlicher Bericht der Stabsstelle Koordinierung Ehrenamt und ePunkt Lübeck e.V.

Frau Nowroth und Frau Rupp berichten von den Einsätzen der ehrenamtlichen Helfer:innen und die vielfältigen Betätigungsfelder zur Unterstützung der Geflüchteten.
Sie berichten ebenso über die Organisation bei den Fährankünften in Travemünde, wo zurzeit fast jeden Tag viele Geflüchtete aus der Ukraine ankommen.

Hierzu sprechen Frau Friemer und Herr Müller.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Vorstellung schlüssiges Konzept/Mietobergrenzen durch den Bereich 2.500

Frau Mollick-Kasten erläutert anhand einer Power Point Präsentation die Erarbeitung der angemessenen Kosten der Unterkunft und verweist hierzu auf den Methodenbericht.
Es wird seitens des Ausschusses die Übersendung der Präsentation Methodenberichtes gewünscht. Dieser wird per Mail an die Mitglieder des Ausschusses sowie Vertreter:innen versandt.

Hierzu spricht Herr Müller.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Es erfolgt eine Pause von 18.10 Uhr bis 18.20 Uhr.

**zu 3.4 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) AT zu VO/2022/11160
Beirat für Menschen mit Behinderungen
Vorlage: VO/2022/11160-01**

Herr Rettberg und Herr Nitz tragen die bisherigen Tätigkeiten des Beirates für Menschen mit Behinderungen vor und geben zu bedenken, dass aufgrund der Pandemie die Arbeit des Beirates erst mit erheblicher Verzögerungen aufgenommen werden konnte.

Hierzu sprechen Herr Müller, Herr Voht sowie Herr Müller-Lornsen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Der Behindertenbeirat berät und unterstützt die Bürgerschaft und die Ausschüsse der Hansestadt Lübeck in allen wichtigen Angelegenheiten, die Menschen mit Behinderungen und deren Interessen betreffen.

Dazu folgende Fragen:

1. Welche Tätigkeiten wurden von Seiten des Beirates von Dezember 2019 bis heute vorgenommen? Um einen kurzen Tätigkeitsüberblick wird gebeten.
2. Welche Rückmeldungen gab es von Seiten der Bürger*innen mit Behinderung oder von Behinderung bedrohte Menschen, im Rahmen von stattgefundenen Beratungen?
3. Welche zusätzlichen Ressourcen oder Mittel sind aus Sicht des Beirates erforderlich, um die Präsenz in der Öffentlichkeit zu steigern?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.5 AM Marco Sander (Fraktion21): Anfrage zur pflegerischen Versorgung der Lübecker Bevölkerung / Senior:inneneinrichtungen (SIE) der Hansestadt Lübeck (TEIL 1)
Vorlage: VO/2022/11161

Herr Wadehn erklärt, dass eine schriftliche Beantwortung bereit im Verfahren und für die nächste Sitzung vorgesehen ist.

Beschluss:

- um schriftliche Beantwortung wird gebeten -

Vorbemerkung:

1. "80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause versorgt. Aber die Zahl der Heimplätze und ambulanten Versorger nimmt zu - und damit der Bedarf an Personal. Ermöglichen muss die Gesellschaft beide Modelle.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt stetig. Zum einen leben die Menschen länger, zum anderen verschiebt sich aufgrund des Geburtenrückgangs seit den 1970er-Jahren auch die Altersverteilung der Bevölkerung zugunsten der Älteren. Das führt dazu, dass nicht nur der Pflegebedarf wächst, sondern auch die Nachfrage nach qualifizierten Kräften ["Personal" anstatt "Kräfte"; Anm. des Verfassers], die die zumeist Hochbetagten versorgen. (...) Vier von fünf der 4,1 Millionen Pflegebedürftigen leben in den eigenen vier Wänden und werden meist von ihren Angehörigen versorgt. (...) Daher wird der Bedarf nach ambulanter und stationärer Pflege durch Profis und Hilfskräfte [Hilfspersonen] weiter wachsen. Derzeit arbeiten rund 600.000 Beschäftigte, mehrheitlich Frauen, unmittelbar in der Heimpflege, davon ist fast die Hälfte 50 Jahre und älter. In Prognosen wird von einer Personallücke von 307.000 Arbeitskräften bis zum Jahr 2035 ausgegangen." ¹

2.

a. Auch die Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck zeigt, dass die Zahl der Langzeit-Pflegebedürftigen prognostisch zunehmen wird ². Und dies alles vor dem Hin-

tergrund eines bereits bestehenden Pflegepersonal mangels (der sogenannte "Pflegenotstand"), welcher auch die Hansestadt Lübeck betrifft ³.

b. Bereits 2020 erarbeitete der Beirat für Seniorinnen und Senioren der Hansestadt Lübeck folgende Eckpunkte zur Entwicklung der städtischen SeniorInnen einrichtungen (folgend SIE genannt). Diese umfassten u.a. folgende Forderungen/Empfehlungen:

- "Aufgaben und Angebote gehören zur kommunalen Daseinsvorsorge. Die zukünftigen pflegerischen Angebote haben sich an der demografischen Entwicklung zu orientieren.
- Die SIE sind den heutigen Ansprüchen entsprechend in Ausstattung, baulichen Anforderungen und neuen Angebotsstrukturen weiter zu entwickeln.
- Bestehende und neue pflegerische Angebote wie ambulante Leistungen, neue Wohnformen sind zu entwickeln.
- "Die Pflege in der Bundesrepublik Deutschland ist, wie auch im 2. Pflegestärkungsgesetz verankert, nach dem Grundsatz ambulant vor stationär zu gestalten. Dem Pflegebedürftigen ist damit weiterhin ein Leben in häuslicher Umgebung zu garantieren. Der ambulante Ansatz ist durch alternative Wohnformen wie Altenwohngemeinschaften, Mehrgenerationen-Wohnanlagen, Altenwohnungen usw. zu ergänzen.
- Soweit Pflege in diesem Wohnumfeld nicht mehr möglich ist, ist auch in Zukunft stationäre Pflege zu gewährleisten. Die Hansestadt Lübeck ist im Rahmen der Daseinsvorsorge gehalten, im Rahmen der zu erwartenden demografischen Entwicklung für ein bedarfsgerechtes Angebot von stationärer Pflege zu sorgen." ⁴

3. Aus diesen Entwicklungen und Prognosen ergeben sich folgende abgeleitete Fragen zu folgenden Themenkomplexen:

I. Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber:in (Pflegepersonal mangel)

II. Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (Pflegebedarf der Bevölkerung der Hansestadt Lübeck)

III. Attraktivitätssteigerung als Pflegeanbieter:in (infrastrukturelle Ausstattung / Digitalisierung)

IV. Attraktivitätssteigerung Pflegestandort ("Pflegestadt" Lübeck)

Diese einzelnen Fragenkomplexe werden zeitlich gestaffelt (im Abstand von 4-6 Wochen) in die Bearbeitung gegeben (als insgesamt 3 Anfragen in den Ausschuss gestellt).

---Ende der Vorbemerkung---

I. Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber:in (Pflegepersonal mangel)

Laut AOK Bundesverband zeigt sich der Personal mangel in der Pflege insbesondere auch an unbesetzten Stellen. So waren bundesweit Ende 2018 rund 24.000 Stellen unbesetzt. Die Neubesetzung einer Stelle dauerte im Durchschnitt rund 183 Tage und auf 100 freie Stellen kamen zuletzt nur 25 arbeitslose Pflegefachpersonen ⁵. Insbesondere hinsichtlich dieser bereits vor fünf Jahren ernüchternden Zahlen, die prognostisch kaum positiver verlaufen sind/werden, ist es zwingend erforderlich, wirksame Konzepte zum Abbau des Personal mangels zu entwickeln und vor allem diese auch umzusetzen.

Es wird daher gefragt:

- Wie ist der Stand in den SIE hinsichtlich der einrichtungsbezogenen Impfpflicht? Kam es diesbezüglich zu Personalengpässen? Gab es entsprechende Konzepte, mögliche Engpässe abzufangen?
- Wie viele freie pflegerische Fachpersonen- und Hilfspersonen-Stellen gibt es in den SIE? Wie lange dauert es, freie Stellen nach zu besetzen? Gehen freie Stellen mit einem reduzierten Platzangebot einher?
- Welche Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber:in werden durchgeführt?
 - Stand Pflegeberufereformgesetz - Wie sind die Erfahrungen mit der "neuen" generalistischen Ausbildung? Gibt es noch genügend Ausbildungsinteressierte?
 - Wie ist der Stand hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem dualen Bachelorstudium Pflege der Universität zu Lübeck?
 - Führen reduzierte Personalkosten im Bereich des Service/Küche (dezentrale Angliederungen) in den SIE zu einem Mehraufwand für pflegerische und/oder in der sozialen Betreuung Beschäftigte?
 - Gibt es ein betriebliches Gesundheitsmanagement/gesundheitsförderliche Angebote für die Beschäftigten der SIE?
 - Gibt es ein Gewaltpräventionskonzept als gesundheitsförderliche Maßnahme für Beschäftigte, Bewohnende und deren Angehörige in den Einrichtungen der SIE?
 - Wie ist der Einsatz/das Angebot hinsichtlich Bundesfreiwilligendienst/FSJ zur Entlastung der Beschäftigten und zur Förderung der sozialen Teilhabe der Bewohnenden?
 - Gibt es einen Betriebsrat in den SIE?

Quellen:

¹ Heinrich Böll Stiftung (2022). Sozialatlas. Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält, S. 40 - 41. URL: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Sozialatlas_2022.pdf

² Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 80

³ Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 63 ff

⁴ Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030 der Hansestadt Lübeck, S. 107 - 108

⁵ AOK Bundesverband 2019, S. 24 ff

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Bericht i. S. Antrag BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Vermittlungsbörse für Wohnraum Vorlage: VO/2018/05640-01
---------------	---

Hierzu sprechen Herr Müller-Lornsen und Herr Wulf.

Wie im Bericht dargelegt hat die Recherche ergeben, dass es kommunale Wohnraumbörsen für privaten Wohnraum nicht gibt. Lübeck hat wie Kiel und andere Kommunen eine Wohnungsvermittlung für sozial geförderte Wohnungen, die richtigerweise deutlich zu kommerziellen Wohnraumbörsen abgegrenzt ist. Einige Kommunen, die keine entsprechende Wohnungsvermittlung haben, verlinken zu kommerziellen Angeboten. Herr Wulf erläutert auf Nachfrage, dass Pilotprojekte mit Anreizen zum Umzug von einzelnen älteren Menschen aus Einfamilienhäusern in kleineren Wohnraum in anderen Kommunen nicht angenommen wurden. Die meisten älteren Menschen wollen nicht umziehen, es fehlen zudem adäquate bezahlbare Wohnungen.

Eine mögliche Umsetzung von "Wohnen für Hilfe" soll wie im Bericht dargelegt im nächsten Schritt geprüft werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Im Januar 2018 wurde folgender Antrag VO/2018/05640 Vermittlungsbörse für Wohnraum von Bündnis 90/Die Grünen in der Bürgerschaft gestellt:

Der Bürgermeister möge die Einrichtung einer Beratungs- und Vermittlungsstelle für Wohnraum prüfen, wie sie bereits in anderen Städten eingerichtet ist, und bis Ostern berichten,

- wie bestehende Angebote der Wohnberatung, z.B. von Verbänden, eingebunden werden können,
- wann, wie und mit welchen Kosten eine solche Börse arbeiten kann.

Begründung:

In Lübeck besteht ein wachsender Bedarf an Ein- und Zwei-Zimmerwohnungen, viele Studierende oder Alleinstehende suchen eine kleine, günstige Wohnung. Durch Neubau allein kann der Bedarf nicht zeitnah gedeckt werden.

Gleichzeitig wird ein zunehmender Anteil von Einfamilienhäusern nur noch von ein oder zwei älteren Menschen bewohnt.

Diese Personen würden finanziell und ggf. auch bei der Pflege von Haus und Garten entlastet, wenn Wohnraum im Hause an Wohnungssuchende vermietet werden könnte.

Um beide Interessengruppen zusammenzubringen, soll eine Vermittlungsbörse für Wohnraum auf freiwilliger Basis mit Beratung hinsichtlich der Fördermöglichkeiten und der Art und Weise für ggf. notwendige entsprechende Umbauten eingerichtet werden.

Fördergelder des Landes können für diesen Zweck beantragt werden. Nach dem Mietgesetz gelten für Vermieter erleichterte Bedingungen. Mieterbund Lübeck, Haus & Grund Lübeck, der Seniorenbeirat sowie die Investitionsbank S-H können unterstützend beraten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Lübeck sorgt vor: Hitzeaktionsplan (Stufe 1) und Hitzeportal für Lübeck
Vorlage: VO/2022/11040**

Herr Dr. Mischnik ergänzt in diesem Zusammenhang noch einmal, dass noch unabgestimmt ist, wo die Planstelle des Umweltmediziners/der Umweltmedizinerin verortet werden sollte und nimmt hierbei Bezug auf den letzten Satz der umverteilten Power-Point-Präsentation. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Extreme Hitze kann den menschlichen Körper stark belasten und zu gesundheitlichen Problemen führen. Vor allem ältere und kranke Menschen, Babys und Kleinkinder sowie Personen, die körperlich schwer und im Freien arbeiten, gehören zu den hitzegefährdeten Risikogruppen. Im Zuge des Klimawandels werden auch in der Hansestadt häufigere Hitzesommer auftreten und sich negativ auf Mensch und Umwelt auswirken. Vor allem in den letzten Jahren sind eine erhebliche Erwärmung und eine hohe Anzahl an Hitzetagen zu verzeichnen. Für den Tourismussektor können sich zwar bei heißeren Sommern positive Effekte ergeben, in der Summe stellen die höheren Temperaturen jedoch eine merkliche Belastung für die Menschen, die Wirtschaft sowie die Tier- und Pflanzenwelt dar.

Dementsprechend sollen gemäß der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 2019 Gesundheitsschäden durch Hitze und Hitzewellen vermieden und mögliche Todesfälle vorgebeugt werden. Dies hat die 93. Gesundheitsministerkonferenz im Herbst 2020 aufgegriffen und Kommunen sowie betroffene Institute aufgefordert, Hitzeaktionspläne (HAP) zu erarbeiten. Im Sommer 2020 hat der Bürgermeister das Gesundheitsamt zusammen mit der Klimaleitstelle der Hansestadt Lübeck beauftragt, sich des Themas Hitze als Kooperationsprojekt anzunehmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Bericht zum Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines Aktionsplans zur Bekämpfung des Antisemitismus (VO/2020/08734)
Vorlage: VO/2020/08734-01**

Hierzu sprechen Frau Seidl und Herr Voht, die beide den Standpunkt vertreten, dass es sich hierbei lediglich um einen Zwischenbericht handeln kann.

Weiter melden sich Frau Maas und Frau Rickert zu Wort.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Bericht zum Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines Aktionsplans zur Bekämpfung des Antisemitismus (VO/2020/08734)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.4 Zwischenbericht: Sachstand zur Begegnungsstätte für drogensuchtkranke Bürger:innen
Vorlage: VO/2022/11142**

Keine Wortmeldung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Grundlegende Änderungen in dem Planungsablauf des Projektes

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Aussetzen des Beschlusses der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck vom 22.03.2018 (VO/2018/05751) zur "Wohnperspektive für Geflüchtete" Vorlage: VO/2022/11043

Hierzu sprechen Herr Müller und Frau Schwartz.

Beschluss:

Der sogenannte Entzerrungsbeschluss der Bürgerschaft vom 22.03.2018 (VO/2018/05751) wird für die Dauer des erhöhten Zustroms von Geflüchteten aus der Ukraine ausgesetzt, bis ausreichende Kapazitäten in Gemeinschaftsunterkünften geschaffen wurden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich, die Angelegenheit der Bürgerschaft vorzulegen und empfiehlt der Bürgerschaft mit 11 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung dem Antrag stattzugeben.

zu 5.2 Verstetigung der im Jahr 2018 neu geschaffenen, befristeten zwei Streetwork-Stellen in der offenen Drogenszene Vorlage: VO/2018/06130-01

Hierzu sprechen Herr Müller und Frau Schwartz.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die im Jahr 2018 befristet geschaffenen zwei Streetwork-Stellen in der offenen Drogenszene der Hansestadt Lübeck zu entfristen und langfristig zu gewähren. Dies betrifft je eine derzeit befristete Streetwork-Stelle bei der AWO Schleswig-Holstein gGmbH sowie bei der Vorwerker Diakonie gGmbH.

Zur Verstetigung der zwei Streetwork-Stellen sollen die für diese Stellen benötigten Mittel, die bisher laufend als Zuwendung in Form eines jährlichen Bescheides im städtischen Haushalt geplant wurden, zum nächstmöglichen Zeitpunkt in die Budgetverträge der beiden Träger mit aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Angelegenheit der Bürgerschaft vorzulegen und empfiehlt der Bürgerschaft dem Antrag stattzugeben.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 FDP: Prüfantrag kostenfreie Perioden-Hygieneartikel Vorlage: VO/2022/10995

Hierzu sprechen Herr Müller, Frau Seidl, Frau Zeplin, Herr Dr. Vieler, Herr Stefan Krause, Frau Odendahl, Herr Voht sowie Frau Sasse, die von laufenden Pilotprojekten an Lübecker weiterführenden Schulen berichtet.

Beschluss:

Die Verwaltung der Hansestadt Lübeck möge bis Mai 2022 prüfen, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen in folgenden Einrichtungen kostenfreie Perioden-Hygieneartikel zur Verfügung gestellt werden können:

1. In den sanitären Anlagen städtischer Schulen, Berufsbildungszentren und Förderzentren
2. In öffentlichen Gebäuden der Hansestadt Lübeck
3. In Angeboten der offenen Jugendarbeit und Jugendhilfe
4. In Angeboten der Wohnungslosenhilfe
5. In Einrichtungen zur Beratung von Frauen.

Bei der Prüfung werden Bedarf, Finanzierung und die Umsetzbarkeit an den entsprechenden Standorten berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich, die Angelegenheit der Bürgerschaft vorzulegen und empfiehlt der Bürgerschaft mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung dem Antrag stattzugeben.

zu 6.2 Vielfalt: Bestand von 10.000 Sozialwohnungen bis 2025 Vorlage: VO/2022/11008

Hierzu sprechen Frau Zeplin, Herr Voht, Herr Müller, Herr Nehrhoff, Herr Dr. Lengen, Herr Stefan Krause, Frau Schwartz, Frau Friemer sowie Frau Elstner, die erläutert, dass man Benennungsrecht nicht „kaufen“ kann. Hier ist die Kommune auf die Wohnungswirtschaft angewiesen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag bei Stimmgleichheit ab.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zur Haushaltssitzung im September 2022 der Bürgerschaft eine Vorlage zur Entscheidung zuzuleiten, wie bis zum Ende des Jahres 2025 mindestens ein Bestand von 10.000 geförderte Wohneinheiten (1.+2. Förderweg) im Stadtgebiet erreicht werden kann.

Falls mit Neubauten oder anderen Maßnahmen dieser Bestand von geförderten Wohnungen bis 2025 nicht erreicht werden kann, ist die Lücke durch den „Erwerb von Zweckbindungen

an bestehenden Wohnraum“ gemäß Bericht des Bürgermeisters „Kurswechsel Wohnungsmarktpolitik“ (VO/2021/10609) zu schließen. Der Bürgermeister möge in der Vorlage die Einzelheiten zur Umsetzung aufzeigen.

Die hierfür erforderlichen Finanzmittel sollen in der Vorlage aufgezeigt und beginnend ab dem Haushaltsjahr 2023 geordnet werden. Eine gleichmäßige Verteilung der notwendigen Mittel auf die Haushaltsjahre 2023, 2024 und 2025 ist anzustreben.

Im Verfahren zur Erstellung der Vorlage sind mindestens die Unternehmen der Wohnungswirtschaft sowie der Mieterverein Lübeck einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 Antrag AM Andreas Müller (DIE LINKE): kostenlose Hygieneprodukte für Frauen* in öffentlichen Einrichtungen Vorlage: VO/2022/11000

Herr Müller zieht den Antrag mit Hinweis auf den ähnlich lautenden Antrag unter TOP 6.1 zurück..

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, eine Finanzierung dahingehend zu sichern, dass in allen öffentlichen Einrichtungen (insbesondere in den Standorten der Jobcenter und der Jugendberufsagentur, sowie in den Stadtteilbüros) kostenlose Hygieneprodukte für Frauen* bereitgestellt werden können.

zu 7.2 AM Gregor Voht (FREIE WÄHLER): Personalstelle Kommunalen Präventionsrat Vorlage: VO/2022/11137

Herr Voht trägt vor, dass über diesen Antrag bereits in einer vorherigen Sitzung abgestimmt wurde (Anmerkung der Protokollführung: Sitzung vom 02.11.2021 mit dem Ergebnis 13 Ja-Stimmen und 1-Nein-Stimme), allerdings fehlte der Vortrag der Empfehlung in der Bürgerschaftssitzung dazu, so dass er diesen Antrag erneut stellt.

Der Vorsitzende fragt, ob Bedenken gegen eine erneute Empfehlung für die Bürgerschaft zu diesem Antrag bestehen. Hierzu gibt es keine Wortmeldung, damit erfolgt eine erneute Empfehlung für die Bürgerschaft im Sinne des Antrages.

Beschluss:

Der Bürgerschaft wird empfohlen, im Zuge der Neustrukturierung des Rates für Kriminalprävention für die Koordinierung des Rates, für Berichterstattung, für Aktivitäten und für Maßnahmen eine zusätzliche Personalstelle in Vollzeit zu schaffen und spätestens im Haushalt 2023 zu ordnen.

zu 7.3 Dringlichkeitsantrag AM Andreas Müller (DIE LINKE) und AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Unterbringung und Transport ukrainischer Geflüchteter
Vorlage: VO/2022/11189

Die Dringlichkeit wurde zu Beginn der Sitzung abgelehnt, und damit erfolgt keine Beratung zu diesem TOP.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um die per Fähre aus Liepaja ankommenden Geflüchteten aus der Ukraine verwaltungsseitig in Empfang zu nehmen, über die Weiterreisemöglichkeiten aufzuklären und sicherzustellen, dass sie eine Übernachtungsmöglichkeit finden, die für ihre Bedürfnisse und Zielorte geeignet sind.

Hierzu zählen insbesondere:

1. Verfügbarkeit einer einfach und schnell zu erreichenden Unterkunftsmöglichkeit ohne Registrierung für Geflüchtete mit Zielort außerhalb Schleswig-Holsteins, den diese am Tag der Ankunft mit der Fähre nicht mehr erreichen können.
2. Organisation von Zugfahrkarten für Geflüchtete mit Zielort außerhalb Schleswig-Holsteins, der noch am selben Abend erreicht werden kann (Hintergrund: Der Ticketschalter am Lübeck Hbf. schließt um 20 Uhr, die Ankunft dort erfolgt aber z.T. erst später).
3. Verfügbarkeit von geeigneten Unterkunftsmöglichkeiten und direkter Transport für Geflüchtete mit eingeschränkter Mobilität und anderen Einschränkungen (Invalidität, Schwangerschaft, Mitführung von Kleinkinder, Behinderungen etc.).
4. Organisation des Transportes in die zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Bad Segeberg und Neumünster für Geflüchtete, die in Schleswig-Holstein bleiben möchten.

Der Bürgermeister wird zudem aufgefordert, im nächsten Hauptausschuss über die eingeleiteten Maßnahmen sowie deren Kosten und Personalaufwand zu berichten und diese haushälterisch zu ordnen.

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:17 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Herr Stefan Krause hat sich als befangen erklärt und den Sitzungsraum ebenfalls verlassen.

Die Sitzung wird um 19:19 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt den Beschluss zu TOP 13.1 bekannt und schließt um 19.22 Uhr die Sitzung.

Lübeck, den 7. September 2022

Dr. Marek Lengen
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung